


PRESSEMITTEILUNG

Bausenatorin Schaefer appelliert an Bundesbauministerium, Hürden beim Wohngeld abzubauen


Dr. Maike Schaefer, Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, hat heute (28. Oktober 2022) in einer emotionalen Rede vor dem Bundesrat an Bundesbauministerin Klara Geywitz appelliert, bürokratische Hürden beim Wohngeld massiv abzubauen. Dazu hatte Bremen der Bauministerin bereits im August einen offenen Brief zum Bürokratieabbau im Wohngeldgesetz überreicht. Im September hatte dann die Bauministerkonferenz einstimmig einen Bremer Antrag zu dem Thema auf den Weg in den Bundesrat gebracht. Die Kommunen sagen angesichts der zu erwartenden zusätzlichen Wohngeldberechtigten lange Bearbeitungszeiten voraus. Bremen sucht aktuell 40 zusätzliche Mitarbeitende für die Wohngeldstelle, Hamburg beispielsweise insgesamt 100.

Senatorin Schaefer sagte dazu heute vor dem Bundesrat: „Es geht für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger um nicht weniger, als das privateste und geschützte Umfeld - die eigene Wohnung, das eigene Zuhause. Die Energiepreiskrise hat die ohnehin angespannte Lage drastisch verschärft. Sorgen über die steigenden Kosten bei Energie, Lebensmitteln und der Wohnung treffen ins Mark. Es ist daher absolut richtig und wichtig, dass das dritte Entlastungspaket der Bundesregierung genau hier ansetzt, das Wohngeld erhöht und den Kreis der Antragsberechtigten massiv ausweitet. Zwei Millionen Antragsberechtigte Haushalte – das ist ein großer Schritt, den wir im Grundsatz selbstverständlich unterstützen. Wenn es um so etwas Existenzielles wie das eigene Zuhause geht, ist aber auch klar, dass der Staat hier liefern muss. Unübersichtliche Anträge, lange Wartezeiten und unnötig hohe Arbeitsvolumen vergrößern die Sorgen der Betroffenen. Das können wir uns bei diesem Thema nicht leisten. Leider müssen wir aber anerkennen, dass dies aktuell bundesweit der Fall ist. Über die Jahre wurde das Wohngeldrecht in der Praxis kaum noch anwendbar, die Reformen haben keine Entbürokratisierung gebracht. Bürgerinnen und Bürger waren in sehr vielen Kommunen mit langen Wartezeiten konfrontiert, die Verwaltungen mit einem enormen Arbeitsvolumen. Auch deshalb bin ich dankbar, dass das Bundesbauministerium nun endlich eine Reform auf den Weg gebracht hat, Verfahren zu vereinfachen. Der erhoffte große Wurf bleibt aber aus. Bremen hat früh auf die Problematik aufmerksam gemacht und Bundesministerin Geywitz im August ein Positionspapier überreicht, dass konkrete Vorschläge unterbreitet. Leider findet sich davon nur wenig im vorliegenden Gesetzesentwurf. Auf der Bauministerkonferenz im September hat Bremen diese Punkte wiederholt und alle Bundesländer hinter sich gebracht. Leider finden sich auch diese Punkte nur unzureichend im finalen Entwurf wieder. Das Resultat: Bremen geht von einer Vervierfachung der Anträge aus, wir benötigen 40 zusätzliche Mitarbeitende, die erst noch geschult werden müssen, das verursacht jährlich 3,3 Millionen Euro zusätzliche Personalkosten. Und die für die Reform erforderlichen Programmierungsarbeiten können vom Softwareanbieter zum 1. Januar nicht zugesichert werden. Wir werden also massive Probleme bekommen. Gepaart mit steigenden Energiekosten stellt das viele Menschen vor existenzielle Nöte. Ich kann daher nur noch einmal an die Bundesregierung appellieren: Vereinfachen sie das Wohngeldrecht und das Wohngeld-Plus-Gesetz! Bremen und die

- Seite 1 von 2 -

 Dienstgebäude
Contrescarpe 72
28195 Bremen
Hochgarage Herdentor
Hochgarage Am Hauptbahnhof

 Eingang
Contrescarpe 72
28195 Bremen

 Bus / Straßenbahn
Haltestellen
Herdentor

Poststelle:
T (0421) 361 2407
F (0421) 361 2050
E-Mail office@bau.bremen.de

Internet: <https://baumwelt.bremen.de> Die Datenverarbeitung der personenbezogenen Daten entspricht den gesetzlichen Vorgaben.
Weitere Informationen finden Sie hier: <https://baumwelt.bremen.de/info/dsgvo-kontakt>

Dienstleistungen und Informationen der Verwaltung unter Tel: (0421) 361-0, www.transparenz.bremen.de, www.service.bremen.de

Länder haben konkrete Vorschläge aus der Praxis unterbreitet. Der Beschluss aus der Bauministerkonferenz, die Anträge hier im Bundesrat und die Anmerkungen aus den verschiedenen Arbeitskreisen sollten die Richtschnur sein. Wir müssen jetzt schnellstens ins Handeln kommen, die Wohngeldberechtigten sind auf unsere Arbeit angewiesen!“

Die Änderungswünsche Bremens und der übrigen Bundesländer zum Wohngeld wurden vom Bundesrat in großen Teilen als Stellungnahme zum Gesetzesvorhaben der Bundesregierung verabschiedet. Hierzu muss sich nun zunächst die Bundesregierung äußern.